Weil das Feld bisher wenig beachtet wurde, ist *Keating* im zweiten Teil des Buches vor allem damit beschäftigt, zu definieren und zu kategorisieren. Das geschieht in den Kapiteln „Regionale Regierung“, „Die politische Ökonomie des Regionalismus“ und „Regionen im integrierten Europa“. Seine Kategorisierung erweist sich angesichts der bisher recht diffusen Begriffsbildung und -verwendung als hilfreich. So unterscheidet er bei wenig entwickelten Formen regionaler Verwaltung zwischen einer ganzen Reihe von Varianten: Funktionale Dezentralisierung, die gekennzeichnet ist durch die Errichtung von Behörden mit spezifischen Aufgaben, welche zentrale Anweisungen auf die Regionen zuschneiden sollen. Regionen als Raum für gebietsbezogene soziale Angleichung durch Programme, entworfen und überwacht durch die zentralen Behörden. Die regionale Administration als delegierter Arm der Zentralregierung.

Regionale Regierung im eigentlichen Sinne beginnt bei *Keating* mit gewählten politischen Gremien, die über eigene Verwaltungsmacht und -funktionen verfügen. Diese reichen von einer begrenzten Autonomie bis zum Föderalismus als der stärksten Form der territorialen Regierung. In seiner Kategorisierung unterscheidet *Keating* dann – in der Rangfolge abnehmender Selbständigkeit der Regionen – zwischen Föderalismus, wie ihn die Regionen in Deutschland und der Schweiz genießen, einem starken Regionalismus, wie er für Spanien gilt, einem schwachen Regionalismus, der für Italien und Frankreich charakteristisch ist, und einem funktionalen Regionalismus, der in England und Portugal, den Niederlanden Schweden und Finnland anzutreffen ist. Generell wird der vorgegebene juristische Rahmen in „historischen Regionen“ stärker ausgeschöpft als in bloß geographischen. Bei den historischen Regionen handelt es sich nach *Keating* um solche wie z.B.

Schottland, Wales, die Bretagne, Korsika, Katalonien, das Baskenland oder Bayern, die schon einmal Unabhängigkeit bzw. Autonomie besaßen und im Gefolge von (dynastischen) Vereinigungen bzw. Anschlüssen Bestandteil des jeweiligen Nationalstaats wurden. Oftmals, aber nicht notwendigerweise, verfügten sie auch über eine eigene, eine andere Sprache.

Keatings Buch ist ein Standardwerk auf dem Gebiet der Regionsforschung; ein Werk, daß jeder, der sich mit der historischen Entwicklung von Regionen in Europa befaßt und dabei auf Vergleiche Wert legt, zur Kenntnis nehmen sollte.

Jörg Roesler

**Eckhard Jesse, Konrad Löw (Hrsg.),
Vergangenheitsbewältigung, Duncker
& Humblot, Berlin 1997, 127 S.
Thomas Herz, Michael Schwab-
Trapp, Umkämpfte Vergangenheit.
Diskurse über den Nationalsozialismus
seit 1945, Westdeutscher Verlag,
Opladen 1997, 286 S.**

Zum Thema „Vergangenheitsbewältigung“ neue Ergebnisse und Einsichten zu präsentieren, ohne sich, wie etwa Ulrich Brochhagen oder Norbert Frei, der Mühe zu unterziehen, auch unveröffentlichte Quellen auszuwerten,¹ wird zunehmend schwieriger. Dies verdeutlichen – auf unterschiedliche Weise – zwei einschlägige Neuerseheinungen.

Das von *Jesse* und *Löw* herausgegebene, knapp hundert Textseiten umfassende Bändchen ging aus einem Symposium der Fachgruppe Politikwissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung hervor; es bleibt das Geheimnis der Herausgeber, warum die Vorträge unbedingt in gedruckter Form einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden mußten, ist doch deren Neigkeitswert eher gering. Dies gilt insbe-

sondere für den einleitenden Beitrag von *Jesse* selbst. Zwar informiert er zuverlässig und einigermaßen ausgewogen – abgesehen beispielsweise von unbelegten Verweisen auf eine in der alten Bundesrepublik virulente „Mentalität der Selbstzerknirschung und Bußfertigkeit“ (S. 14) oder der Klage über einen „im intellektuellen Milieu verbreiteten ‚negativen Nationalismus‘“ (S. 26) – über Phasen und Tendenzen der „doppelten Vergangenheitsbewältigung in Deutschland“ und stimmt zudem erfreulicherweise nicht in den Ruf nach einem „Schlußstrich“ ein, doch konnte man dies von ihm in ähnlicher Akzentuierung bereits andernorts lesen.

Dies trifft auch auf die Beiträge von *Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg* und *Peter Steinbach* zu, die ihren Streit um die Einbeziehung des kommunistischen Exils in die ständige Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin und damit um das dem demokratischen Rechtsstaat angemessene Erinnern an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus nochmals ausfechten. Die Aufsätze von *Rainer Eckert*, *Andrej Gurkow* und *Gerald R. Kleinfeld* hinterlassen aus einem anderen Grund einen zwiespältigen Eindruck: Wenn auf jeweils nur acht bis zehn Seiten die Straßenumbenennungen nach der „deutschen Herbstrevolution“ 1989/90 und die Vergangenheitsbewältigung im heutigen Rußland bzw. in den USA abgehandelt werden, dann muß die Analyse notwendigerweise oberflächlich ausfallen. So spricht *Gurkow* die zur Zeit in Rußland vorherrschende, nicht ungefährliche Tendenz, daß viele versuchen, „die kommunistische Ära geistig zu überwinden, indem sie einen Bogen zu der vorrevolutionären Geschichte“ schlagen, nur kurz an (S. 62), und *Kleinfeld* ergeht sich in Gemeinplätzen von der Art, daß der Vietnam-Krieg „eine fortdauernde Last auf der amerikanischen Psyche“ sei (S. 66).

Ebenfalls nicht neu, aber doch originell – oder sollte man besser sagen: skurril – sind dagegen die Überlegungen von *Arnulf Baring* und *Konrad Löw*. „Die Vergangenheitsbewältigung, so unerlässlich sie ist, kann nicht Kernpunkt unseres historischen Selbstverständnisses sein“ (S. 27), stellt *Baring* zu Beginn klar und plädiert deshalb dafür, die deutsche Geschichte in längeren Zeiträumen zu durchdenken, da die Deutschen an ihrer „mangelnden historischen Verankerung“ litten (S. 32). In diesem Bemühen stößt er zunächst auf die Nationalbewegung des 19. Jh.s, die heute nachgeholt werden müsse – angesichts der späteren Auswüchse dieser Bewegung freilich eine eher beunruhigende Vorstellung. Wirklich ungewöhnlich ist seine zweite Empfehlung für eine Therapie gegen das angeblich gebrochene Selbstgefühl der Deutschen: „Ich glaube, daß uns allen die Erfahrung des Gärtnerns guttäte... Wenn wir die Landschaftsgestaltung und Gartenvervollkommnung als etwas empfinden und praktizierten, was die eigene Person harmonisch vervollkommnet, wären wir sicherlich für uns selbst wie für unsere Nachbarn und Partner erfreulichere, beruhigendere Deutsche...“ (S. 41). Vergangenheitsbewältigung also nicht à la Hermann Lübke via „kollektives Beschweigen“, sondern via kollektives Gärtnern – vielleicht sollten der Zentralverband Gartenbau oder, noch besser, weil *Baring* insbesondere „junge Menschen“ ansprechen möchte, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Junggärtner diese Anregung aufgreifen, wäre sie doch dort gewiß besser aufgehoben als bei der Fachgruppe Politikwissenschaft der Gesellschaft für Deutschlandforschung.

Diesen Grad an Originalität erreicht *Löw* bedauerlicherweise nicht ganz, da Goebbels schon wiederholt für Vergleiche herangezogen wurde; immerhin, eine Gegenüberstellung mit Friedrich Engels in einer Publikation mit *wissenschaftlichem* Anspruch dürfte ein Novum sein.

Dem Bayreuther Politologen mißfällt, daß, ungeachtet vieler Gemeinsamkeiten, der eine verdammt, der andere „angehimmelt“ werde. Damit der Vergleich überzeugender ausfällt, werden beide zu „Elberfeldern“ gemacht, die sich damit begnügten, „die zweite Geige zu spielen“, sich ihrer Muttersprache vorzüglich zu bedienen wußten, wirtschaftliche und politische Krisen herbeiwünschten und überhaupt beide Revolutionäre und Sozialisten waren. Wenn der Nachweis von Gemeinsamkeiten wie beim Antisemitismus nicht so recht gelingen will, verwandelt Löw Goebbels zunächst in einen „halbwegs vernünftig“ (S. 102) urteilenden, moderaten Antisemiten und wirft Engels dann vor, sich nicht von einem ziemlich harmlosen antijüdischen Marx-Text distanziert zu haben, der eher als Ausdruck jüdischen Selbsthasses zu interpretieren wäre. Indem er Goebbels zum „Sozialisten“ deklariert, wird die „doppelte“ unterderhand zur „einaugigen“ Vergangenheitsbewältigung, die sich nur noch dem Sozialismus zu widmen braucht.

Wer sich seriös mit dem Thema auseinandersetzen möchte, findet bei Jesse und Löw zwar eine hilfreiche Auswahlbibliographie, aber keine neuen Erkenntnisse, statt dessen viele oberflächliche Informationen und manche höchst fragwürdigen Thesen.

Ergiebiger ist da schon das Buch zweier Siegerner Soziologen, das als Beitrag zur „politischen Kulturforschung“ gedacht ist.

Herz – er verstarb vor Erscheinen des Bandes – und Schwab-Trapp gehen von der Annahme aus, „daß die konventionelle politische Kulturforschung die wichtigsten Merkmale der sich verändernden politischen Kultur – ihre Konflikthaftigkeit und ihren Bezug zum Nationalsozialismus – teils völlig ignoriert, teils in einer spezifisch unzulänglichen Weise interpretiert“ (S. 37/38). Im ersten Teil des Bandes stellen sie ihren konflikt- und kulturtheoretisch fundierten

Ansatz vor und erläutern ihr methodisches Vorgehen, nämlich die „systematische Durchsicht“ und die „qualitative Inhaltsanalyse“ einschlägiger Presseberichte und die Konzentration auf die politischen und intellektuellen Eliten (S. 32f.). Anschließend werden einzelne „Fälle“ – Globke, Kohls Israelreise (Stichwort: „Gnade der späten Geburt“) und der Streit um das Fassbinder-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ – untersucht. Im dritten Teil entwickeln Herz und Schwab-Trapp anhand einiger neuerer Kontroversen u. a. um den badenwürttembergischen Ministerpräsidenten Filbinger und seine drakonischen Urteile als Marinerichter in der Endphase des Zweiten Weltkriegs oder um die Ursachen der 1989 einsetzenden rechtsextremistischen Welle ihr Konzept der „Basiserzählung“. Überflüssigerweise leiten sie ihre case-studies jeweils mit einem theoretisch-methodischen Vorspann ein und muten so dem Leser die immer gleichen Hinweise auf die einschlägigen Arbeiten von Bourdieu, Geertz oder Sahlinz zu.

Dieses Buch präsentiert zwar ebenfalls keine neuen Quellenfunde, entschädigt dafür aber mit unkonventionellen Einsichten und Interpretationen.

So weisen die Autoren auf der Grundlage ihrer Analyse des Streits um Adenauers Staatssekretär Lepsius' These von der „normativen Internalisierung des Nationalsozialismus“ zurück und zeigen, daß der Kalte Krieg vielmehr „die Integration individuell belastender Fälle durch eine Definitionserweiterung des inneren Widerstands“ ermöglichte (S. 134); die im Verlauf der Debatte um Globke formulierte „Kritik an der Legitimität des Systems stabilisierte eben dieses System und seinen Anspruch auf Legitimität“ (S. 137). Auch die Einwände gegen neuere Studien zum Rechtsextremismus – selten „beziehen sich die Autoren auf die NS-Vergangenheit“, die „typische Erklärung greift Ereignisse heraus und isoliert sie von ihrem histori-

schen, kulturellen und politischen Kontext“ (S. 255) – erscheinen bedenkenswert.

Das Hauptverdienst des Buches besteht indes darin, daß es den Blick schärft für die nach der „ersten Wende“ 1982 einsetzenden Bemühungen, „die NS-Vergangenheit zu neutralisieren“ (S. 260) und dadurch die „Basiserzählung“ der Bundesrepublik zu verändern. Angesichts der seit einiger Zeit zu beobachtenden Versuche, die Diktatur in der DDR noch verabscheuenswerter als die nationalsozialistische Diktatur erscheinen zu lassen, ist dieses Verdienst um so höher zu bewerten.

Werner Bührer

- 1 U. Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994; N. Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Johannes Bähr, Dietmar Petzina, Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990, Duncker und Humblot, Berlin 1996 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 48), 408 S.

Wir wissen seit einiger Zeit, auf welche Faktoren der Niedergang der DDR-Wirtschaft zurückzuführen war. Die gegenwärtig vielleicht umstrittenste Frage in der Wirtschaftsgeschichtsforschung über die DDR ist jedoch, in welchem Ausmaß diese Faktoren für das Desaster „verantwortlich“ gemacht werden können. In der extremsten Form gipfelt auf der einen Seite die Auffassung, daß „subjektive Fehler“ in der Wirtschaftspolitik den größten Schaden angerichtet hätten, in dem Fazit, der Sozialismus sei doch das Gute gewesen, das nur von

Honecker und Mittag schlecht verwirklicht wurde. Auf der anderen Seite werden aus einer ahistorischen, sich an einem starren Wirtschaftsordnungskonzept orientierenden Perspektive allein die „Systemdefekte“ analysiert, so daß man Fragen nach Voraussetzungen, externen Einflüssen, Handlungsspielräumen und -alternativen gar nicht erst stellt. Daraus entsteht der Eindruck, mit der Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft im Jahre 1948 hätte die DDR- bzw. SBZ-Wirtschaft bereits jegliche Entwicklungsfähigkeit verloren.

Das DFG-Schwerpunktprogramm „Wirtschaftliche Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel in Deutschland nach 1945“ hat einen durchaus erfolgversprechenden Weg eingeschlagen, um hier ein differenzierteres Bild zu liefern. In verschiedenen Teilprojekten erfolgte eine vergleichende Analyse einzelner Industriebranchen sowie von Verkehrs- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik und der DDR. Somit kann man sich auf der Grundlage konkreter Entwicklungsunterschiede der Frage zuwenden, inwieweit diese durch den vergangenen „heißen“ und den anhaltenden Kalten Krieg, durch die Teilung der Volkswirtschaft und des Weltmarktes, durch wirtschaftspolitische und unternehmensstrategische Entscheidungen oder durch die unterschiedliche Stellung von Planung und Wettbewerb sowie Staats- und Privateigentum in den Wirtschaftssystemen verursacht wurden.

In den 13 Beiträgen des vorliegenden Bandes werden erstmals Arbeitsergebnisse der einzelnen Teilprojekte zusammengefaßt. Dabei offenbart die Konzentration auf das Innovationsverhalten und die Entscheidungsstrukturen tatsächlich mehr Vergleichbares, als man vielleicht erwartet hätte, denn „in den meisten Fällen waren die Akteure auf beiden Seiten vor gleiche Herausforderungen gestellt, etwa durch die weltweite Einführung eines neuen technischen Verfahrens, durch veränderte Anforderungen an